



Frau Oberbürgermeisterin
Barbara Bosch
Marktplatz 22
72764 Reutlingen

Reutlingen, 13. September 2017

Antrag zu den Vorlagen 17/035/05, 17/035/06, 17/035/07 Anschlussunterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden

Sehr geehrte Frau Bosch,

zu den oben genannten Vorlagen stellen wir folgende Anträge:

- 1. Für die neu zu erstellenden Gemeinschaftsunterkünfte in den Ortsbezirken Mittelstadt, Ohmenhausen und Degerschlacht wird die Raumstruktur dahingehend geändert, dass abgeschlossene Einheiten höchstens mit 2-Bett-Ausstattungen, einer Sanitäreinrichtung und einer Kochgelegenheit erstellt werden.**
- 2. Es werden ausreichend Gemeinschaftsräume geschaffen, um das Konfliktpotential in Gemeinschaftsunterkünften zu reduzieren und die Arbeit der ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger effektiv unterstützen.**
- 3. In der Beratungsfolge wird darauf geachtet, dass die Vorlagen erst nach dem Einbringen in den Ortschaftsräten den Gemeinderatsausschüssen vorgelegt werden. In der Ausschussreihenfolge sollte die erste Beratung im VKSA stattfinden.**

Begründung

Die Erfahrungen in Bezug auf die Belegung in den bereits bestehenden Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete haben gezeigt, dass die derzeitigen Raumstrukturen in vielfältiger Weise ungeeignet sind.

Die von der Verwaltung sensibel vorgenommene Belegung, die die zum Teil sehr unterschiedlichen kulturellen Hintergründe berücksichtigt, führt dazu, dass vielfach Mehrbettzimmer nicht voll belegt werden können. Wir begrüßen dieses Vorgehen ausdrücklich, sehen daraus aber die Notwendigkeit, darauf mit einer veränderten Raumstruktur in den Neubauten zu reagieren.

Finanziell ist die Investition in 286 nicht belegte Plätze (Bericht VKSA 26.06.2017, Vorlage 17/035/03) in den bestehenden Gemeinschaftsunterkünften sowohl von den Investitions- wie auch den dann fehlenden Mieteinnahmen her nicht zu verantworten.

Von größerer Bedeutung ist allerdings die Qualität der Unterbringung. Da wir realistischer Weise auf Grund des fehlenden Wohnungsangebots von längeren Verweilzeiten in den Gemeinschaftsunterkünften ausgehen müssen, müssen wir den dort lebenden Menschen angemessene Rückzugsmöglichkeiten schaffen. Dieses ist kein Luxus, sondern unterstützt die Integrationsangebote, die sowohl durch die SozialarbeiterInnen wie auch durch die vielen Ehrenamtlichen eingebracht werden.

Für durch Kriegs- und Fluchterfahrungen traumatisierte Menschen erzeugen die Raumstrukturen in den bestehenden Gemeinschaftsunterkünften eher Ängste als Entlastungen. Der Gang vom Zimmer zu den Sanitär- und Küchenräumen über einen langen Flur erscheint bedrohlich. Die Folge davon ist, dass sich diese Menschen vollkommen zurückziehen und Integrationsbemühungen damit zusätzlich erschwert werden. Diese Situation betrifft besonders alleinstehende Frauen, aber auch Kinder, insbesondere wenn in den Nachtstunden die Toilettenbereiche aufgesucht werden müssen.

Zu den bestehenden Gemeinschaftsunterkünften und den daraus entstehenden Situationen hat der AK Flü bereits vielfach Stellungnahmen abgegeben. Wir bitten, diese Erfahrungen in die weiteren Planungen stärker einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Gabriele Janz Susanne Müller